

(Abg. Ditz.)

(A) wicklung des Museums schon eine Gewähr in diesem Umstande allein liegen. So ist es aber nicht, sondern, wie dargelegt worden ist, soll die Errichtung und Erhaltung des Museums Aufgabe eines eingetragenen Vereins sein, der den Namen „Verein zur Veranstaltung der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911“ erhält. Nun denken Sie, meine Herren, daß dieser Verein, von dessen Entwicklung ich ja das Gegenteil hoffe, aber doch einmal in Verlegenheit geriete, sei es, daß bei den leitenden Persönlichkeiten nicht genügend Geschick bekundet würde oder böse Zufälle über diesen Verein hereinbrächen, da wäre es doch in hohem Maße angezeigt, auf solche Fälle schon jetzt Rücksicht zu nehmen und dafür zu sorgen, daß der hohe Betrag von 2 Millionen nicht vollständig verloren wäre, wie das nach Lage der Dinge nicht ganz ausgeschlossen ist. Ich glaube also annehmen zu sollen, daß wir wohl tun, eine Unterstützung dieses Museums ins Auge zu fassen, wobei ich dahingestellt sein lasse, ob mit diesem oder einem niedrigeren Betrage, daß wir aber, welchen Betrag wir auch bewilligen, darauf sehen, daß dessen Verwendung im Sinne der Allgemeinheit erfolgt und auch sichergestellt wird nach Maßgabe der Verhältnisse, die man hier in Rücksicht zu ziehen hat.

(B) Weiter, meine Herren, ist der Herr Abg. Fleißner noch gekommen auf das Kap. 56, das durch seine Überschrift, nämlich durch die Überschrift „Verfügungssumme zur Förderung der Landwirtschaft und zu Beiträgen zur Vermögensmasse für landwirtschaftliche Ausstellungen“, allerdings den Schluß zuläßt, als ob es sich hier in der Hauptsache um Ausgaben zugunsten der Landwirtschaft handelte. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß solche Einstellungen bei diesem Kapitel nur unter Lit. 10 vorkommen, und zwar im Betrage von 48000 M., von denen noch dazu gemeinjährig 39000 M. beim nächsten Etat in Wegfall kommen. Aber auch was diese Mehreinstellungen anlangt, so möchte ich entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß sie ausschließlich oder auch nur in erster Linie zugunsten der Landwirtschaft erfolgt wären. Die Begründung der Position bezieht sich darauf, daß im vorigen Jahre die vorherrschend gewesene Dürre die Gefahr in sehr große Nähe gerückt habe, die Wirkung der Dürre werde sich auch in bezug auf die Viehbestände geltend machen, und daß auch in der Tat eintreten könnte, was der Herr Abg. Günther bereits in seiner hierauf bezüglichen Interpellation, damals aber noch zu Unrecht, behauptet hat, nämlich eine starke und weithin empfindliche Verteuerung der Lebensmittel. Um diese allgemeine Kalamität, die nicht einmal die Land-

wirte besonders oder hervorragend treffen wird, zu vermeiden, dazu eigentlich und fast allein dient diese Einstellung, so daß man nicht befugt ist, daraus zu schließen, daß es sich um neue Zuwendungen für die Landwirtschaft handelt.

(Sehr richtig!)

Was zu jener nicht eben wohlwollenden Annahme geführt hat, die für den Herrn Abg. Fleißner maßgebend gewesen ist, ist aber wohl mehr die weitere Summe in Lit. 9 b von 75000 M. Das ist eine sehr hohe Summe, die noch dazu verdoppelt wird, weil sie für nächstes Jahr mit gilt. Aber diese Einstellung hat mit der Landwirtschaft absolut nichts zu tun, sie betrifft die deutsche Zentralbibliothek in Leipzig.

(Abg. Fleißner: Habe ich nicht gemeint!)

Ich wollte nur nach außen vorgebeugt haben. Daß man die Unterstützung der deutschen Zentralbibliothek einstellt unter den landwirtschaftlichen, gewerblichen und Handelschulausgaben, finde ich nicht sehr glücklich, obwohl ich mich dabei bescheide, es ist ein rein formelles Moment, das zurücktreten muß hinter der Erwägung, daß es sich um eine Summe handelt, deren Bewilligung man mit gutem Gewissen nicht ablehnen kann und darf. Ich wollte eben nur einer Mißdeutung, die doch nach der Rede des Herrn Abg. Fleißner einigermaßen Platz greifen könnte, vorbeugen, als ob es sich hier um neue Zuwendungen für die Landwirtschaft handelte.

Nur noch ein ganz kurzes Wort in bezug auf die vorgeschlagenen Deckungsmittel! In dieser Beziehung sind 2 Millionen als Mehreinnahmen aus den Eisenbahnen eingestellt worden. Ich halte das für durchaus unbedenklich. Es trifft eigentlich durchaus mit dem zusammen, was ich bei der Etatberatung zu betonen Gelegenheit genommen, indem ich darauf hinwies, daß die diesjährigen Einstellungen bei den Eisenbahnen auffallend niedrig gegriffen seien, wenn man die gesamte Entwicklung der Eisenbahneinnahmen in den Vorjahren in Rücksicht ziehe. Ich möchte weiter gehen und behaupten, daß es ebenso unbedenklich wäre, auch 2 Millionen mehr aus der Einkommensteuer einzustellen. Auch bei der Einkommensteuer habe ich den Eindruck bei der Etatberatung nicht unterdrücken können, daß die Einstellungen äußerst vorsichtig sind, obwohl ich schon damals nicht unterlassen habe zu erklären, daß ich der Finanzverwaltung daraus auch nicht den leisesten Vorwurf mache, denn es bleibt unbestreitbar, daß man auf diesem Gebiete mit Möglichkeiten rechnen muß, die auch die anscheinend sicherste Annahme zuschanden machen können.